

Mexikanische und amerikanische Bischöfe kritisieren die geplante Mauer

Migranten sind ein Geschenk Gottes

Der US-amerikanische Präsident Donald Trump will die im Wahlkampf großspurig angekündigte Mauer an der Grenze zu Mexiko bauen. Bischöfe auf beiden Seiten der Grenze lehnen diese menschenfeindliche Politik ab. Ihre Argumente sind auch für die katholische Kirche in Europa von Bedeutung. VON GERHARD KRUIP

In den vergangenen Jahren kamen an der 3138 Kilometer langen Grenze zwischen den USA und dem südlichen Nachbarn Mexiko jährlich zwischen 250 und 500 Menschen zu Tode, sei es durch Unfälle oder Schussverletzungen, durch Ertrinken im Grenzfluss Rio Grande oder durch Verdursten beim Durchqueren der Wüsten zwischen beiden Ländern.

Jetzt soll eine Mauer gebaut werden. Dass der US-Präsident *Donald Trump* Mexiko auch noch dazu verpflichten wollte, die angekündigte Mauer zu bezahlen, hat dort für große Empörung gesorgt. Natürlich wird sich der mexikanische Staat dazu nicht bereit erklären – aber Trump verwies schon auf die Möglichkeit, die Rücküberweisungen mexikanischer Migranten aus den USA an ihre Familien zu besteuern, Visa-Gebühren drastisch zu erhöhen und auf Importe aus Mexiko Zölle zu erheben.

Es ist kein Wunder, dass sowohl US-amerikanische als auch mexikanische Bischöfe diese Politik gegen Migranten scharf kritisieren. In einem Pressecommuniqué der mexikanischen Bischofskonferenz vom 1. März 2017 werden die Migranten als „Geschenk Gottes“ bezeichnet und die Mauer kategorisch abgelehnt. Das Wochenblatt des Erzbistums Mexiko-Stadt („Desde la fe“) hat mexikanische Firmen, die bereit waren, am Bau dieser Mauer mitzuwirken, sogar als Verräter

Mexikos angeprangert. Auch die US-amerikanischen Bischöfe sind besonders sensibel für das Thema, denn die meisten Migranten sind Katholiken aus Mexiko und anderen lateinamerikanischen Ländern. Viele Bischöfe in den USA haben zudem selbst einen lateinamerikanischen Migrationshintergrund.

Trotz dieser Betroffenheit sind aber ihre ethischen und theologischen Argumente auch für die katholische Kirche in Europa relevant. Es wäre zu wünschen, dass sie von Katholiken in Deutschland, besonders aber auch in Polen, Tschechien, der Slowakei und Ungarn gehört werden, die der Einwanderung meist ablehnend gegenüberstehen.

Unter der spanischen Kolonialmacht verliefen die Grenzen anders

Ein wichtiges, häufig gebrauchtes Argument ist die Willkür der historisch gewachsenen Grenzziehungen. Prägnant ausgedrückt wurde dies durch die Folklore-Musikband „Los Tigres del Norte“: „Yo no cruce la frontera, la frontera me cruzó“ heißt eines ihrer Lieder, die sich immer wieder der Not und den Hoffnungen der Migranten widmen: „Nicht ich habe die Grenze überquert, sondern die Grenze mich.“

Der historische Hintergrund ist vielen unbekannt: Nach der Eroberung Mexikos erstreckte sich das von Spanien als Kolonialmacht errichtete Vizekönigreich

„Neuspanien“ weit in den Norden, umfasste im Osten Florida, einen Großteil der heutigen Südstaaten der USA und reichte im Westen bis zum heutigen Bundesstaat Oregon. Deswegen tragen viele US-amerikanische Städte bis heute spanische Namen wie San Francisco, Los Angeles, El Paso, Las Cruces oder San Antonio.

Die USA entstanden erst 250 Jahre später, nämlich 1776 als Gründung von 13 kleinen englischen Kolonien an der Ostküste. Diese breiteten sich durchaus mit Gewalt in spanische, französische und indianische Gebiete nach Süden und Westen hin aus. 1819 verlor Spanien Florida. 1836 machte sich Texas unabhängig und trat 1845 den USA bei. Die größte Gebietserweiterung der USA war aber das Ergebnis eines Krieges gegen Mexiko 1846 bis 1848, den Mexiko verlor, so dass es den Rio Grande (der in Mexiko Río Bravo heißt) als Grenze zu Texas akzeptieren und gegen eine geringe Geldentschädigung ein 1,36 Millionen Quadratkilometer großes Gebiet abtreten musste. Das entsprach fast der Hälfte seines damaligen Staatsgebietes (knapp die vierfache Fläche des heutigen Deutschlands).

Die US-Bundesstaaten Arizona, Kalifornien, Nevada, Utah sowie Teile von Colorado, New Mexico und Wyoming gehörten bis dahin zu Mexiko. Ein bekannter Ausspruch des langjährigen mexikanischen Präsidenten *Porfirio Díaz* (1876/77–1880 und 1884–1911) bezieht



Gerhard Kruijff wurde 1957 geboren und ist Professor für Christliche Anthropologie und Sozialethik an der Universität Mainz. Seine Schwerpunkte liegen auf theoretischen und praktischen Gerechtigkeitsfragen im Zusammenhang mit der Globalisierung, Armutsbekämpfung, intergenerationaler Gerechtigkeit, Umwelt- und Klimaschutz. Kruijff hat sich viel mit dem Verhältnis von lateinamerikanischer Befreiungstheologie und Katholischer Soziallehre auseinandergesetzt.

sich auch auf dieses Ereignis: „Armes Mexiko, so entfernt von Gott und so nahe an den Vereinigten Staaten!“

Ein kleiner Teil der heute 54 Millionen in den USA lebenden Hispanics sind Nachkommen der Bevölkerung aus den damals annektierten Gebieten. Sehr viel mehr sind jedoch erst im 20. Jahrhundert eingewandert, größtenteils aus Mexiko, zuletzt aber zunehmend aus mittel- und südamerikanischen Staaten. Viele dieser Migranten fliehen vor wirtschaftlicher Not und Gewalt in ihren Heimatländern.

Die Zahl der „illegal“ in den USA lebenden Migranten aus Lateinamerika wird auf zehn bis 15 Millionen geschätzt. Viele Hispanics spielen als gering qualifizierte Arbeitnehmer für die Wirtschaft der USA eine große Rolle, vor allem in der Landwirtschaft, auf dem Bau und in der Gastronomie. Die Migrantinnen sind wichtig als Angestellte in US-amerikanischen Haushalten und für die Kinderbetreuung. Die Hispanics tragen durch Rücküberweisungen an ihre Verwandten in den Herkunftsländern in Höhe von jährlich rund 60 Milliarden US-Dollar erheblich zur Verbesserung von deren Zahlungsbilanz bei. Die Migration liegt also durchaus im beiderseitigen Interesse, wobei die Hispanics in den USA geringe Löhne, niedrige Chancen und hohe Diskriminierung zu ertragen haben. In den USA geborene Kinder erhalten automatisch die US-amerikanische Staatsbürgerschaft. Wenn die Eltern ausgewiesen und abgeschoben werden, was in den vergangenen Monaten enorm zugenommen hat, werden Familien auseinandergerissen.

Sollte die Grenze zwischen den USA und Mexiko tatsächlich noch undurchdringlicher werden, könnte Mexiko sich gezwungen sehen, sich seinerseits nach Süden hin abzuschotten, denn es ist auch Durchgangsland für viele Migranten aus Mittelamerika. Ruft man sich den leidenschaftlichen Ausruf von Präsident *Ronald Reagan* am 12. Juni 1987 an der Berliner Mauer „Tear down this wall“ in Erinnerung, bleibt unverständlich, wie ein heutiger US-amerikanischer Präsident diese Mauer zwischen den USA und Mexiko rechtfertigen will.

Das 1994 in Kraft getretene Nordamerikanische Freihandelsabkommen (Nafta) zwischen Kanada, den USA und Mexiko, das anders als der EU-Binnenmarkt nicht mit einer Freizügigkeit für Arbeitskräfte verbunden ist, hat die Verflechtung zwischen den USA und Mexiko weiter verstärkt. 81 Prozent der Exporte Mexikos gehen in die USA, 46,5 Prozent der Importe nach Mexiko

kommen aus den USA, 38,9 Prozent der ausländischen Direktinvestitionen sind US-amerikanisches Kapital.

Bei der Ausfuhr spielen, anders als man vermuten könnte, weniger landwirtschaftliche Produkte eine Rolle als hauptsächlich Kraftfahrzeuge und KFZ-Teile, Elektronik, Maschinen und Elektrotechnik. So ist es kein Wunder, dass es in Mexiko große Sorgen auslöst, wenn Trump verlangt, Nafta neu zu verhandeln, weil die USA benachteiligt würden. Tatsache ist, dass sich zwar der Handel zwischen beiden Ländern durch Nafta enorm verstärkt, dass aber der hochsubventionierte Mais aus den USA die mexikanische Landwirtschaft stark geschädigt hat, so dass dort mehr Arbeitsplätze verloren gingen, als in der Exportindustrie neu entstanden.

Das wiederum hat den Migrationsdruck erhöht. Die Armutsquote in Mexiko ist seit dem Inkrafttreten von Nafta kaum gesunken, sondern verharrt bei etwa 50 Prozent. Die derzeitigen ökonomischen Unsicherheiten wirken sich bereits auf

Mexiko aus: Für 2017 wird nur noch mit einem Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts von 1,7 Prozent gerechnet, was bei einem fast gleich hohen Bevölkerungswachstum einer Stagnation gleichkommt. Sicher hat Nafta auch den Drogen- und Waffenhandel zwischen den beiden Ländern verstärkt und mit dazu beigetragen, dass Mexiko heute zu den Ländern mit den höchsten Kriminalitätsraten gehört.

Schon 2003 haben die US-amerikanische und die mexikanische Bischofskonferenz in einem gemeinsamen Hirtenwort zum Thema „Nicht mehr Fremde – Gemeinsam auf dem Weg der Hoffnung“ zur Migration Stellung bezogen. Sie erinnerten an die Geschichte Amerikas und an die Tatsache, dass fast alle Einwohner Abkömmlinge von Migranten seien. Sie betonten, dass die Staaten zwar das Recht hätten, ihre Grenzen zu kontrollieren, dass dies aber kein absolutes Recht sei. Vielmehr müsse es gegen die Nöte und Rechte von Migranten abgewogen werden.

Dabei beriefen sich die Bischöfe auf die Enzyklika „Pacem in Terris“ von *Johannes XXIII.* aus dem Jahr 1963: „Jedem Menschen muss das Recht zugestanden werden, innerhalb der Grenzen seines Staates seinen Wohnsitz zu behalten oder zu ändern; ja, es muss ihm auch erlaubt sein, sofern gerechte Gründe dazu raten, in andere Staaten auszuwandern und dort seinen Wohnsitz aufzuschlagen“ (Nr. 12). Dabei forderten die Bischöfe in Übereinstimmung mit den Päpsten, besonders die Familien der Migranten zu schützen und

Wenigen dürfte bewusst sein, dass diese Forderungen im Einklang mit dem Katechismus stehen.

auch die Würde derjenigen zu respektieren, die keinen rechtlich anerkannten Aufenthaltsstatus haben.

Franziskus bekräftigte bei seiner ersten Reise die kirchliche Position

Hintergrund dieser Forderungen ist die traditionelle Lehre von der universellen Bestimmung der Güter der Erde, die für alle Menschen da sind. Entsprechend wiegen die Rechte von Migranten, die um ihres und ihrer Familien Überlebens willen in einem anderen Land Arbeit suchen, schwerer als das Bestreben eines Landes, durch Abschottung den ohnehin schon hohen Wohlstand noch zu steigern. Noch stärker als Menschen, die aus wirtschaftlichen Gründen auswandern, haben Flüchtlinge Anspruch auf Aufnahme und Schutz.

„In der gegenwärtigen Weltsituation, in der Weltarmut und Verfolgung überhandnehmen“, so heißt es wörtlich in Nr. 39 dieses gemeinsamen Hirtenworts, „ist davon auszugehen, dass Menschen migrieren müssen, um sich zu erhalten und zu schützen, und dass Nationen, die in der Lage sind, sie aufzunehmen, dazu auch verpflichtet sind, soweit immer es ihnen möglich ist.“

Den wenigsten Katholiken dürfte bewusst sein, dass solche Forderungen in vollem Einklang mit dem Katechismus der katholischen Kirche stehen. Dort

heißt es in Nr. 2242: „Die wohlhabenderen Nationen sind verpflichtet, so weit es ihnen irgend möglich ist, Ausländer aufzunehmen, die auf der Suche nach Sicherheit und Lebensmöglichkeiten sind, die sie in ihrem Herkunftsland nicht finden können.“ Papst *Franziskus* bekräftigte diese Position schon bei seiner ersten Reise 2015 auf die Insel Lampedusa, wo er der Flüchtlinge gedachte, die im Mittelmeer ertrinken. Bei seinem Besuch in Mexiko 2016 erinnerte er an die lateinamerikanischen Migranten, die bei dem Versuch ums Leben kommen, die Grenze zu den USA zu überqueren (vgl. HK, Februar 2016, 22–26). Damit stärkte der Papst Bischöfe auf beiden Seiten der Grenze, die sich schon damals gegen die von den USA praktizierte Migrationspolitik stellten.

Als Präsident Trump im Januar 2017 sein Versprechen, eine Mauer an der Grenze zu bauen, durch Unterzeichnung eines Dekrets in die Tat umzusetzen begann, fielen die Reaktionen der Kirche entsprechend kritisch aus. Der Generalsekretär der mexikanischen Bischofskonferenz, Weihbischof *Alfonso Gerardo Miranda Guardiola*, lehnte die Mauer kategorisch ab. Sie trage nicht dazu bei, das Migrationsproblem so zu lösen, dass die Würde der Menschen geachtet werde. Es müsse sorgfältiger nachgedacht werden, um eine gute Lösung zu finden, ohne diejenigen, die

jetzt schon leiden, noch stärker zu belasten.

Der Vorsitzende der Kommission für Migranten in der US-Bischofskonferenz, *Joe Stephen Vásquez* aus Austin (Texas) betonte, der Bau einer solchen Mauer führe dazu, dass noch mehr Migranten, vor allem Frauen und Kinder, höheren Risiken ausgesetzt und der Willkür von Schleppern ausgeliefert würden. Anstatt Mauern sollten Brücken gebaut werden. *Vásquez*: „Wir werden weiterhin Migrantenfamilien unterstützen und ihnen solidarisch beistehen. Wir erinnern unsere Gemeinden und unsere Nation daran, dass diese Familien einen intrinsischen Wert haben als Kinder Gottes. Und all denen, die von der heutigen Entscheidung betroffen sind, sagen wir: Wir gehen an eurer Seite und begleiten euch auf eurer Reise.“

Am 14. Februar veröffentlichten elf US-amerikanische und zehn mexikanische Bischöfe eine gemeinsame Erklärung unter dem Titel „Der Schrei Christi in der Stimme der Migranten bedrängt uns“. Mit Verweis auf die Flucht von Jesus, Maria und Joseph nach Ägypten und unter Berufung auf Mt 25,35 („Ich war fremd und obdachlos und ihr habt mich aufgenommen“) verurteilen sie darin ein „kaputtes Migrationssystem“, das Leid, Angst, Ausbeutung und Exklusion verursache.

Mit scharfen Worten klagen sie die staatliche „Verfolgung und Diskriminie-

„den „Rassismus“ und „unnötige Deportationen“ an. Unabhängig von ihrem Rechtsstatus besäßen alle Migranten die Menschenwürde, die geachtet werden müsse. Die Menschen in den Grenzregionen hätten aus historischen Gründen und wegen kultureller Gemeinsamkeiten enge freundschaftliche Beziehungen, die nicht durch Grenzen und Mauern unmöglich gemacht werden dürften. Angehörige eines jeden Volkes hätten das Recht auf menschenwürdige Lebensbedingungen. Seien diese nicht gegeben, hätten sie ein Recht auf Aus- und Einwanderung. Sie bekräftigten die Verpflichtung der Kirche, diese Menschen zu unterstützen und bei der Wahrnehmung ihrer Rechte zu helfen. Am 27. April schloss sich die gesamte mexikanische Bischofskonferenz mit der Erklärung „Ich habe den Schrei meines Volkes gehört (Ex 3,7)“ diesen Forderungen an.

Mexikanische Bischöfe fordern „Kirche ohne Grenzen“

Bemerkenswert ist eine ältere Stellungnahme mexikanischer Bischöfe von Diözesen an der Südgrenze Mexikos vom 20. Januar 2015. Während dieser Zeit versuchten besonders viele Migranten von Mittelamerika nach Norden zu gelangen. Die Bischöfe klagten den mit der Globalisierung verbundenen Widerspruch zwischen der Freizügigkeit für Waren, Kapital und Kommunikation bei gleichzeitiger Verhinderung der Mobilität von Menschen an und rufen alle Mitglieder der Kirche dazu auf, sich verstärkt um die Migranten zu kümmern. Sie fordern eine „Kirche ohne Grenzen, Mutter aller, wo sich niemand ausgeschlossen fühlen soll, allein weil er aus einem anderen Land kommt“.

Tatsächlich unterhalten sowohl die mexikanische als auch die US-amerikanische Kirche eine Fülle von Einrichtungen zur Unterstützung der Migranten. In Mexiko heißen sie *casas de migrantes* (Häuser der Migranten) und befinden sich an der Südgrenze, im Zentrum und an der Grenze zu den USA. Die Migranten bekommen dort Nahrung, Kleidung, gesundheitliche Versorgung, Rechtsberatung, Unterstützung bei der Suche nach verschollenen Familien-

angehörigen, seelsorgliche Begleitung und manchmal auch eine Ausbildung. Nach den Sonntagsgottesdiensten finden Trainingsmaßnahmen statt unter dem Motto „Kenne Deine Rechte!“. In der erwähnten Stellungnahme vom 1. März 2017 rufen die mexikanischen Bischöfe Katholiken dazu auf, sich in diesen Zentren zu engagieren und sie mit Spenden zu unterstützen.

Besonders einfühlsam und eindringlich ist der neueste Hirtenbrief von *Mark Joseph Seitz*, dem Bischof von El Paso, der Grenzstadt im Süden der USA direkt gegenüber Ciudad Juárez. Die Städte waren 1659 als Missionsstation gegründet worden und bis 1848 als „El Paso del Norte“ vereint. Der mexikanische Teil erhielt 1888 zu Ehren des mexikanischen Präsidenten *Benito Juárez* den Namen Ciudad Juárez. Seitz bezeichnet das derzeitige Migrationsregime als eindeutig gescheitert. „Mauern zu bauen, eine Streitmacht für massive Deportationen zu organisieren und die Grenze zu militarisieren, sind keine langfristigen Lösungen der Herausforderungen der Migration.“ Die Zahl der Toten an der Grenze würde durch weitere Befestigungen eher zunehmen.

Der Bischof kritisiert die harte Rhetorik, die Angst schüre und die Migranten für alle möglichen sozialen und ökonomischen Übel missbrauche. Die zunehmenden Abschiebungen lehnt er kategorisch ab: „Ich bin Bürger eines Staates, in dem die Kinder sich darüber Sorgen machen, ob ihre Eltern noch da sind, wenn sie aus der Schule kommen.“ Dagegen lobt er die vielen Verbindungen über die Grenze hinweg und den Reichtum der Begegnungen. Seitz betont die Berufung, die Tugend der christlichen Gastfreundschaft zu beweisen. Statt Gefängnisse für aufgegriffene Migranten fordert er Kanäle für eine sichere Einwanderung, den Schutz der Familien und die Bekämpfung der Fluchtursachen, „in die wir tief verstrickt sind“ durch den Drogenkonsum, der den Drogenhandel befördert und durch die Ungerechtigkeiten eines globalisierten Wirtschaftssystems. Seitz ruft die Polizei dazu auf, die Migranten als „Brüder und Schwestern“ zu behandeln: „Kein Mensch ist illegal!“ Die katholischen Schulen, Pfarreien

und Krankenhäuser weist er an, dort keine Verhaftungen ohne richterliche Anordnung zuzulassen. Er berichtet von berührenden Erfahrungen mit Migranten und betont, die Kirche könne viel von ihnen lernen, denn sie gäben ein prophetisches Zeugnis: „Ich bin davon überzeugt, dass die Tiefe des Glaubens unseres Volkes und die Lebendigkeit unserer Gemeinden sich zu einem großen Teil der Großzügigkeit unserer Gemeinden verdanken, die Fremden willkommen zu heißen, und der Option, die wir für die Armen getroffen haben.“

Auch Europa versucht, sich gegen Migranten abzuschirmen

Auch Kardinal *Peter Turkson*, Präfekt des neu geschaffenen „Dikasteriums für die ganzheitliche Entwicklung des Menschen“ in der römischen Kurie, kritisierte Trumps Dekret zum Bau der Grenzmauer. Nicht nur die USA versuchten, sich vom Zustrom von Migranten abzuschirmen – dies geschehe derzeit auch in Europa, und er hoffe, dass Europa nicht dem Beispiel Trumps folge.

Tatsächlich stellt sich die Frage, was die Südgrenze der USA von der Südgrenze Europas unterscheidet. Elend und Unterdrückung sind in Afrika erheblich dramatischer als in Mittel- und Südamerika. Europa ist in weiten Teilen so wohlhabend wie die USA. Auch gibt es eindeutige historische Beziehungen. In der Antike waren die Länder südlich und nördlich des Mittelmeeres aufs Engste miteinander verflochten.

Europa hat aufgrund seiner Kolonialgeschichte eine historische Verantwortung für Afrika. Es hat willkürliche Grenzen gezogen und nach der Unabhängigkeit der afrikanischen Staaten neokoloniale Strukturen errichtet.

Der einzig relevante Unterschied zu der Grenzsituation zwischen Mexiko und den USA scheint zu sein, dass viele Migranten aus Afrika und dem Nahen Osten keine Christen oder gar Katholiken sind. Nimmt man aber die moralische Grundeinsicht der „universellen Bestimmung der Güter der Erde“ ernst, wird klar, dass ethnische und religiöse Zugehörigkeit der Migranten keine Rolle spielen dürfen. Gott hat die Erde nicht für die Christen, sondern für alle Menschen geschaffen. ■